

BUNDESTAGSWAHL AM 26. SEPTEMBER 2021

Wer sich auf die Recherche zu den Inhalten der Wahlprogramme für die Bundestagswahl am 26. September begibt, stößt auf eine interessante Wortschöpfung: Multikoalitionsfähigkeit. Der schillernde Begriff drückt exakt aus, was den anstehenden Urnengang für die Menschen in Deutschland so einzigartig – und in vielen Fällen schwierig macht.

Koalitionen sind das Normalmodell der Umsetzung politischen Willens in der Bundesrepublik Deutschland. Nur ein einziges Mal, 1957, gelang es der Union aus CDU und CSU, die absolute Mehrheit von Stimmen und Parlamentssitzen zu erringen (dennoch setzte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer auf eine Koalitionsregierung). Die jahrzehntelang prägenden Zweierbündnisse werden allerdings zum Auslaufmodell. Scheiterte vor vier Jahren die Premiere einer Dreierkoalition noch, so gibt es aktuell zahlreiche Parteienkombinationen, die die aktuell regierende vierte Große Koalition aus CDU/CSU und SPD (die allerdings auch eine Mehrheit hätte) verdrängen könnten. Lange Zeit hatten laut Umfragen zur Bundestagswahl sogar ausschließlich Koalitionen mit drei Partnern die notwendige Mehrheit.

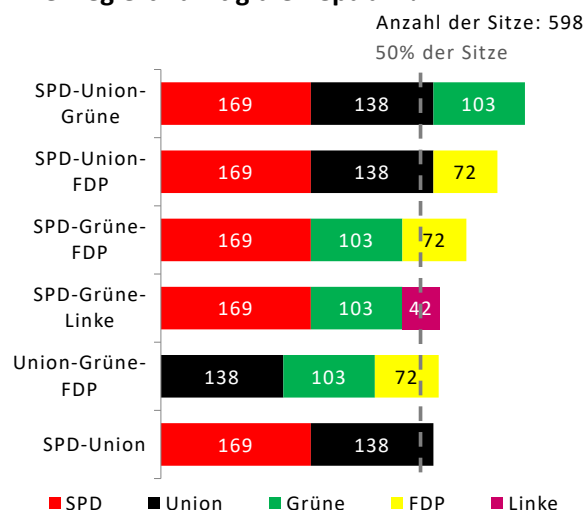
Aber nicht nur strukturell wird es zu einer Zäsur kommen. Eine „bürgerliche“ Mehrheit bzw. wenigstens eine Überlegenheit der Parteien, die diesem Markenkern traditionell zuzurechnen sind, also CDU/CSU sowie FDP, liegt am 26. September als Ergebnis in weiter Ferne. Und inhaltlich präsentieren die Parteien des eher linken Spektrums Politikkonzepte, die an einigen Stellen jenseits der

sozial-marktwirtschaftlichen Ordnung zu verorten sind. Das gilt vor allem für die Wohnungspolitik. Zudem warten SPD, Grüne sowie Linke in der Steuer- und Finanzpolitik mit Vorschlägen auf, die höhere und hohe Einkommen sowie Vermögen stärker zu Umverteilungszwecken heranziehen wollen – und damit wichtige Treiber für den Strukturwandel beeinträchtigen.

Was sagen die Umfragen?

In den Umfragen führt die SPD vor CDU/CSU, den Grünen, FDP, AfD sowie der Linken. Da, wie eingangs dargelegt, die Koalitionskonstellation entscheidend ist, werden sie in der Übersicht gesondert dargestellt und analysiert. Rechnet man ohne Überhang- und Ausgleichsmandate sowie mit einem Bundestag mit 598 Sitzen (der gesetzlich fest-

Wer regiert künftig die Republik?



Ostdeutscher Bankenverband e.V. (Quelle: www.bundestagswahl-2021.de, Stand 19. September; Koalitionen nach Projektion)

gelegten Anzahl) gelangen fünf Dreier-Koalitionen sowie die Große Koalition unter umgekehrten Vorzeichen (SPD vor der Union) über die Mehrheitschwelle von 299 Mandaten (da Überhangmandate seit den Wahlrechtsreformen mit Ausgleichsmandaten kompensiert werden, gäbe es keine Relationsänderungen — s. *Grafik*):

- **SPD-Union-Grüne** (410 Sitze),
- **SPD-Union-FDP** (379 Sitze),
- **SPD-FDP-Grüne** („Ampel“ mit 344 Sitzen),
- **SPD-Grüne-Linke** (314 Sitze),
- **Union-Grüne-FDP** („Jamaika“ mit 313 Sitzen),
- **SPD-Union** (307 Sitze).

Ehrlicherweise verfügt dieses Sextet der Koalitionsmöglichkeiten lediglich über theoretischen Wert. Jedes Bündnis von SPD und CDU/CSU steht unter dem Vorbehalt, ob es den Unionsparteien gelingt, in der Wählergunst vor der SPD zu landen. Schafft sie das nicht, ist ein schwarz-rotes Bündnis, auch mit einem Drittem im Bunde, schwer vorstellbar. CDU/CSU werden nach ihrer Rolle als „Köchin“ in den Großen Koalitionen seit 2005 kaum Geschmack daran finden, in einer Koalition mit den Sozialdemokraten deren bisherigen Part der „Kellnerin“ zu übernehmen. Doch selbst wenn Armin Laschet am Wahlabend als Sieger über die Ziellinie gehen sollte, dürften in der SPD Stimmen laut werden, die die Opposition vorziehen oder eine Gegenkoalition schmieden wollen.

Solch taktische Überlegungen werden nach dem 26. September in den Parteizentralen sicherlich angestellt. Vor der Wahl aber liegt das Hauptaugenmerk auf der inhaltlichen Positionierung und damit Abgrenzung vom politischen Gegner. Und hier gibt es klare Unterschiede, aber auch überraschende Gemeinsamkeiten. Daher ein Blick auf einige Programm-Eckpunkte.

Die *SPD* legt im Kontext Wirtschaft und Soziales – ihrem Markenkern entsprechend – den Schwerpunkt auf Letzteres. Die Ausweitung der Tarifbindung sowie die Anhebung des Mindestlohns von 9,50 Euro auf 12 Euro sind hier bspw. einzuordnen. In der Steuer- und Finanzpolitik will man klei-

ne und mittlere Einkommen entlasten sowie höhere Einkommen stärker belasten (was allerdings nur bei Singles und Alleinerziehenden greift). Die Reaktivierung der Vermögensteuer ist vorgesehen und zwar von einem Prozent auf „sehr hohe Vermögen“. Europapolitisch setzt man auf stärkere Vergemeinschaftung der Politikfinanzierung. In der Bankenregulierung plädiert man für Augenmaß.

CDU/CSU betiteln ihr Wahlprogramm mit den Begriffen Stabilität und Erneuerung – und diese Reihenfolge spiegelt auch den Tenor der Vorschläge wider. Die bewährte Wirtschaftsstruktur will die Union mit einer Deckelung der Unternehmenssteuern bei 25 Prozent sowie durch einen Abbau von Bürokratie stützen. In der Steuerpolitik gibt es eine Entlastung für alle Familientypen und Einkommensklassen (u.a. durch Wegfall des Solidaritätszuschlags). Eine Schuldenunion in Europa lehnt man ab. Bankenpolitisch ist das Bekenntnis zum Drei-Säulen-Modell in Deutschland zu nennen.

Der Fokus der *Grünen* liegt auf dem Klimaschutz. Im „Klimaschutz-Sofortprogramm“ ist u.a. die Anhebung der CO₂-Abgabe auf Kraftstoffe und Wärme auf 60 Euro ab 2023 vorgesehen. An einkommensschwächere Haushalte soll ein „Energiegeld“ zurückfließen. Die steuerpolitischen Ideen sind denen der SPD sehr ähnlich. Anders als bei den Sozialdemokraten plädieren die Grünen zusätzlich für eine Vermögensteuer: ab 2 Mio. Euro pro Person ein Prozent jährlich. Banken sollen sich auf die Finanzierung der Realwirtschaft zurückziehen — man plädiert für ein Trennbankensystem.

Die *Freien Demokraten* streben eine weitreichende Steuerentlastung in der Breite der Zahler an (unter allen Parteien die stärkste). Der Spitzensteuersatz soll erst bei 90.000 Euro Jahreseinkommen greifen; der Solidaritätszuschlag entfällt komplett. Die Steuer- und Abgabenlast soll auf unter 40 Prozent sinken. Für die Unternehmen soll die Steuerlast bei 25 Prozent gedeckelt werden, die Gewerbesteuer soll entfallen. Die Vielfalt der Bankenlandschaft hierzulande zu erhalten, findet sich bei der FDP ebenso, wie die Forderung nach Rückzug des Staates als Anteilseigner bei Banken.

  	<p>Die Union fände sich „umzingelt“ wieder. Jeder der Partner würde versuchen, ein Höchstmaß seiner Ideen im Koalitionsvertrag unterzubringen — mit Vorteil für Rot-Grün durch ihre programmatische Nähe. Da in allen drei Programmen Steuererleichterungen enthalten sind, dürfte solch ein Projekt formuliert werden, Ausnahme: hohe Einkommen (Soli bleibt wie er ist). Gleichzeitig dürften SPD und Grüne versuchen, Vermögen zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranzuziehen sowie den Wohnungsmarkt streng zu reglementieren. Der CO2-Preis stiege deutlich — mit Ausgleich für einkommensschwächere Haushalte. Bildung, Forschung, Infrastruktur wären Investitionsfelder mit hoher Einigungswahrscheinlichkeit.</p>
  	<p>Eingeht wäre hier die SPD. Die taktischen Vorteile lägen auf Seiten von Union und Freien Demokraten. Steuererleichterungen dürften ebenfalls kommen, wovon hohe Einkommen allerdings nicht profitieren dürften, damit die SPD sich wiederfindet. Pläne für die Reaktivierung der Vermögensteuer blieben in der Schublade, wofür die SPD aber soziale Themen durchbringen dürfte (höherer Mindestlohn, Recht auf Weiterbildung). Die Investitionsfreudigkeit aller drei Partner führte zu entsprechenden Schwerpunkten. Nachhaltigkeitsthemen würden ebenfalls bespielt, aber mit stärkerer Betonung marktwirtschaftlicher Instrumente. Die Reform der Renten wenigstens anzudenken, hierauf könnte man sich wohl einigen.</p>
  	<p>Auch für die Ampel gilt: Steuererleichterungen sind gesetzt. Hohe Einkommen blieben außen vor, dafür wäre mit der FDP keine Vermögensbesteuerung zu machen. Die Grünen würden ihre Umweltthemen durchbringen, die FDP würde versuchen, diese mit Marktwirtschaft zu koppeln. Die SPD könnte soziale Ideen im Koalitionsvertrag verankern: der Mindestlohn stiege, Arbeitnehmerrechte würden gestärkt. In der Wohnungspolitik gäbe es ein FDP-Veto gegen überbordende Reglementierung. Das Feld dürfte aber dennoch angegangen werden, mit einem Kompromiss zwischen Nachfrage- und Angebotspolitik. Auch hier dürften Investitionen steigen. Die Digitalisierung im öffentlichen Bereich hätte drei starke Befürworter.</p>
  	<p>R2G, seit langem das Sehnsuchtsprojekt der linken Flügel aller drei Parteien. Starke Ausweitung der Arbeitnehmerrechte bei gleichzeitiger Reglementierung der Kapitaleseite. Stärkere Besteuerung bereits höherer Einkommen (mildernd könnten hier gemäßigten Teile von SPD und Grünen wirken). Geringe und mittlere Einkommen würden zwar entlastet. Generell läge der Fokus aber auf Ausweitung von Transfersystemen. Vermögensteuer ja, auch sehr weit gefasst, da die Linke auf die Vermögensabgabe verzichten müsste, weil diese zu substanzerstörend wirkt. Der Wohnungsmarkt würde überreguliert. Nachhaltigkeitsthemen bekämen Vorzug vor der Wirtschaftspolitik. Weitere Bereiche, wo man die Regulierungsschraube ansetzen würde, wären Bankenmarkt, Energiemarkt und Forschung. Investitionsausweitung unterläge der deutlichen Selektion.</p>
  	<p>Jamaika 2.0 führte gleichfalls zu Steuererleichterungen. Wohl nur ganz hohe Einkommen blieben unberücksichtigt. Eine Vermögensteuer käme nicht. Investitionen würden ausgeweitet, bevorzugt in Bereichen wie Bildung, Forschung und natürlich Infrastruktur. Eine Verwaltungsmodernisierung/-digitalisierung würde formuliert. Auf dem Wohnungsmarkt bliebe es bei einer Ausweitung des Angebots. Die Grünen erhielten eine Verstetigung der Mietpreisbremse als Kompromissangebot. Dafür dürften sie bei Nachhaltigkeitsthemen punkten — wieder unter dem Vorbehalt einer marktwirtschaftlichen Orientierung. Beispielsweise könnten Investitionsanreize für Unternehmen gesetzt werden, die man mit dem Thema Nachhaltigkeit verknüpft.</p>
 	<p>Schon in der zu Ende gehenden Großen Koalition überwogen die sozialdemokratischen Themen. Dies bliebe erhalten, zumal die SPD stärker abschneiden wird als 2017 (und eventuell vor der Union landet). Vermögensteuer nein, dafür Ausklammern der hohen Einkommen von Steuererleichterungen. Erleichterungen für Unternehmen, im Gegenzug Anhebung Mindestlohn und Ausweitung Arbeitnehmerrechten. Nachhaltigkeitsthemen werden wie bisher behandelt, marktwirtschaftliche Instrumente hätten das Nachsehen. Die EEG-Umlage würde wohl reformiert. Stabilisierung der öffentlichen Investitionen auf dem eingeschlagenen Kurs. Bei der Wohnungspolitik gäbe es einen Mix aus Regulierung und Anreizen zur Angebotsausweitung (wobei die eigentlichen Engpassfaktoren, nämlich Genehmigungskapazitäten und Bürokratievorgaben, sich der politischen Beeinflussung entziehen bzw. ein Antasten nicht opportun ist). Vieles bliebe beim Alten.</p>

Eine grundlegende Vereinfachung des Steuersystems schwebt der *AfD* vor: Wegfall kleinerer Verbrauchssteuern sowie des Solidaritätszuschlags und Konzentration auf Einkommensteuer und Umsatzsteuer. Zudem sieht man die Einführung eines Familiensplittings vor. Die Wirtschaft, vor allem kleinere Betriebe, sollen weitgehend von bürokratischen Hürden befreit werden. Das Arbeitslosengeld I soll länger gezahlt werden, bei Hartz IV gäbe es verbesserte Hinzuverdienstmöglichkeiten.

Vermögen sowie Manager- und Vorstandsgehälter sind Ansatzpunkte für die Steuerpolitik der *Linken*. Zusätzlich zu einer progressiv gestalteten Vermögensabgabe von 10 bis 30 Prozent für Nettovermögen über 2 Mio. Euro soll es eine Vermögenssteuer von 5 Prozent ab 1 Mio. Euro geben. Bei der Einkommensteuer sieht man Entlastungen geringerer Einkommen sowie Belastungen höherer Einkommen vor. Der Mindestlohn soll auf 13 Euro steigen. Bankenpolitisch will man das Modell Gemeinwohlorientierung zum Leitmotiv machen.

Legt man den inhaltlichen Abriss und die Koalitionsoptionen übereinander, wie in der Übersicht geschehen, treten die Schwierigkeiten eines künftigen Regierungsprogramms zutage. Denn Kongruenz von Ideen und Ansätzen gibt es in weiten Teilen nur innerhalb der Lager, nicht über deren Grenzen hinweg. Ausnahme: Steuerentlastung (die aber links von der Mitte nicht ohne Belastungsgegenpol gedacht wird).

Aus dieser Perspektive lässt sich ein Ausblick auf die Kompromissgeneigntheit einer künftigen Regierung werfen: Nur ein rein linkes Bündnis kann relativ einheitlich agieren — allerdings nicht zum Vorteil für den Wirtschaftsstandort. Und kommt es zu einer Koalition über die Lager hinweg, dürfte viel von den Reformideen, die sich in den Programmen finden, als Prüfauftrag enden. Leisten kann sich Deutschland das eigentlich nicht, denn es gibt wirtschaftspolitisch einiges zu tun, um 16 Jahre Reformmüdigkeit zu kompensieren. Hauptpunkte in der folgenden Übersicht.

DER BLICK DER PRIVATEN BANKEN

Die in der 20. Legislaturperiode zu bildende Bundesregierung hat aus Sicht der Wirtschaft einen Berg Arbeit vor sich. Zu den Herausforderungen aus technologischer Dynamik und globalem Strukturwandel kommen ein Reformstau sowie die Notwendigkeit, zurückliegende Weichenstellungen zu korrigieren, etwa bei der Energiepolitik. Aus Sicht der privaten Banken müssen gerade für die stark mittelständisch geprägte Wirtschaft in Ostdeutschland **folgende Punkte auf die Agenda** genommen werden:

- **Vorfahrt für Wettbewerbsfähigkeit:** Alle politischen Entscheidungen müssen einen Wettbewerbsfähigkeitstest durchlaufen. Beeinträchtigen politische Projekte das Standing gegenüber anderen internationalen Standorten, sind diese anzupassen.
- **Stärkung des Mittelstands in der Post-Corona-Phase:** Die Unternehmen und Selbstständige bedürfen weiterhin kontinuierlicher Unterstützung. Das Eigenkapital wurde in der Pandemie stark in Anspruch genommen. Investitionskraft und damit Spielräume der Unternehmen, mit Innovationen und Digitalisierung sowie durch den Fokus auf Klimaschutz Arbeitsplätze zu sichern, hängen von der Kapitalbasis ab. Maßnahmen wie Vermögensabgabe oder -steuer greifen die unternehmerische Substanz an, bringen hohe Befolgungskosten mit sich und blähen die öffentlichen Stellenpläne auf. Sie verbieten sich daher.
- **Bankenregulierung mit Augenmaß:** Die Regulierung des Bankensektors muss europaweit und auch in Deutschland so erfolgen, dass alle Player des Drei-Säulen-Modells wettbewerbsfähig bleiben. Proportionalität und der Zusammenhang zwischen Regulierungsausmaß und Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Maßstab, muss gerade für eine exportorientierte Wirtschaft wie die Deutschlands eine besondere Rolle spielen.